

Propaganda statt Alternativen

Die Finanz- und Steuerpolitik der SPD

„Die publizistischen Aktivitäten der SPD in der Finanzpolitik und zur Steuerreform sind unehrlich. Sie sind nicht von der Sorge um die Solidität des Haushalts und eine möglichst geringe Steuerbelastung der Bürger getragen. Der SPD geht es nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit der Bundesregierung. Mit dreisten Neid- und Angstkampagnen will sie Unsicherheit und Unruhe unter den Bürgern schüren. Sie glaubt, damit ihre Fehlleistungen in der Vergangenheit vergessen machen zu können.“

Zu diesem Urteil kommt eine Dokumentation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion über die Finanz- und Steuerpolitik der SPD, die der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Rudolf Seiters, vorgelegt hat. Dies sind die drei schwerwiegendsten Fehlleistungen der SPD:

- Die SPD war es, die in ihrer Regierungszeit die Finanzen unseres Staates zerrüttet hat; durch einen verhängnisvollen Kreislauf von ungehemmter Ausgabenpolitik, massiver Staatsverschuldung sowie Steuer- und Abgabenerhöhungen.
- In ihrer Regierungszeit hat die SPD siebzehnmal die Verbrauchssteuern erhöht und dem Bürger zusätzlich 25,6 Milliarden Mark jährlich aus der Tasche gezogen.
- Die Inflationspolitik, zusammen mit steigenden Zins-, Abgaben und Steuerlasten, war die größte Umverteilungsaktion von unten nach oben, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Der SPD wird es mit Diffamierungsmethoden nicht gelingen, sich gegen die Finanzpolitik der Koalition der Mitte zu profilieren: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird dafür sorgen, daß die Bankrott-Politik der SPD und ihrer verantwortlichen Politiker nicht in Vergessenheit gerät. Dies ist auch notwendig, weil in den SPD-regierten Bundesländern selbst heute noch keine Haushaltsdisziplin gehalten wird. Länder wie Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg oder Saarland bewegen sich am

Rande des Bankrotts. Und für die Zukunft bietet die SPD keine akzeptable Alternative zur Politik der Regierungskoalition; sie setzt auf die gescheiterten Rezepte der Vergangenheit. Die SPD-Steuer- und -Finanzpolitik ist abschreckend genug, um den Bürgern immer wieder vor Augen zu führen: Sozialisten können nicht mit Geld umgehen. Ihre Politik ist durch drei Eigenschaften gekennzeichnet; durch

- Versagen in der Vergangenheit,
- Unfähigkeit in der Gegenwart und
- Konzeptionslosigkeit für die Zukunft.

1. Versagen in der Vergangenheit

Der „Orientierungsrahmen 1985“ der SPD lieferte den Fahrplan für die **Überforderung unserer Volkswirtschaft**. Der SPD-Slogan: „Wir wollen die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen“, wurde in die Tat umgesetzt. „Genossen, läßt die Tassen im Schrank“, dieser beschwörende Appell des ehemaligen Wirtschaftsministers Schiller verhallte ungehört. Statt dessen machten sich die Genossen daran, immer mehr Lebensbereiche staatlich zu reglementieren und mit Staatsmitteln zu finanzieren.

Die sozialistische Vorstellung, daß der Staat alles besser könne und über die Einkommen und Lebenschancen der Menschen zu entscheiden habe, wurde konsequent verwirklicht. Die **Staatsquote** stieg von 39,1 im Jahre 1970 auf 49,8 Prozent im Jahre 1982. Fast die Hälfte des erwirtschafteten Volkswohlstandes lief durch die Hände des Staates.

Der Bundeshaushalt war nicht länger ein Instrument zur Bereitstellung von allgemeinen Gütern für die Öffentlichkeit. Er wurde vielmehr von den Sozialdemokraten zu einer **gigantischen Sozial- und Verteilungsagentur** umfunktioniert. Die Quote der Sachinvestitionen des Bundeshaushalts wurde folgerichtig mehr als halbiert und sank von sechs auf 2,8 Prozent.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wurden insgesamt **17 Ausgabenprogramme** beschlossen, die den Steuerzahler mehr als 50 Milliarden Mark gekostet haben. Am Ende dieser Politik standen fast zwei Millionen Arbeitslose — mit steigender Tendenz — und ein Konjunktureinbruch sondergleichen. Die Vollbeschäftigung von 1969 war verspielt.

Die Alternative des SPD-Kanzlers Schmidt „Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit“ war eine Fehlkalkulation. Am Ende seiner Regierungszeit lagen Arbeitslosigkeit und Inflation über fünf Prozent.

Die Politik sozialistischer Verschwendungen hatte ihren Preis: Im Jahre 1969 noch konnte die Bundesregierung darauf verzichten, ihre Ausgaben über den Kapitalmarkt zu finanzieren. Kredite wurden sogar zurückgezahlt. Für das Haushaltsjahr 1983 wurde von der Regierung Schmidt eine **Neuverschuldung von 55 Milliarden Mark** erwartet, die von der Koalition der Mitte abgewendet

werden mußte. Über Jahre hin verstieß diese Schuldenpolitik der SPD gegen das Grundgesetz. Der Schuldenstand des Bundes stieg von 1969 bis 1982 von insgesamt 45 auf 309 Milliarden Mark.

Im ersten Jahr der SPD-Regierung (1970) betrug die Zinslast des Bundes 2,5 Milliarden Mark. 1983 mußte der Bund an Zinsen so viel zahlen wie für die Etats von Wirtschaft, Entwicklungshilfe, Wohnungsbau, Bildung und Wissenschaft sowie Forschung und Technologie zusammen: 26,6 Milliarden Mark.

Die Belastung der Bürger und Unternehmen mit direkten Steuern explodierte um mehr als 275 Prozent. 1969 betrug das Aufkommen aus dieser Steuer 79,9 Milliarden Mark, 1982 waren es 219,2 Milliarden Mark. Die Inflation trieb — trotz sinkender Reallöhne — immer mehr Arbeitnehmer und Selbständige in die Steuerprogression. In zwei großen Schritten wurde die Mehrwertsteuer am 1. Januar 1977 und am 1. Juli 1979 auf 13 Prozent angehoben. Weitere Erhöhungen betrafen unter anderem die Mineralölsteuer, die Branntweinsteuer und die Tabaksteuer. Insgesamt 25,6 Milliarden Mark indirekter Steuern bürdeten sozialdemokratische Finanzminister zusätzlich den deutschen Bürgern auf. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger stieg insgesamt während der SPD-Zeit von 37,4 auf 42,5 Prozent.

Generationen werden den in zwölf Jahren SPD-Herrschaft aufgetürmten Schuldenberg abtragen müssen. An keiner Stelle wird so deutlich, daß die **SPD Politik zu Lasten der Zukunft** und der jungen Generation betrieben hat. Die Zins- und Steuerlasten werden über Jahrzehnte die größte finanzielle Umverteilung von den vielen kleinen Steuerzahlern zu den wenigen großen Staatsfinanziers in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewirken. Hier stimmt der Vorwurf der Umverteilung von unten nach oben, nur richtet er sich an die Adresse der SPD selbst.

An diesem Niedergang einer geordneten Finanzpolitik waren insgesamt sechs SPD-Finanzminister beteiligt. Im Schnitt alle zwei Jahre wurde der Finanzminister ausgewechselt. Die Minister Möller und Schiller traten wegen der unseriösen Finanzpolitik der SPD zurück. Zum Schluß mußte man sogar einem Beamten das wichtigste Ressort im Kabinett überlassen, weil sich unter den Genossen kein geeigneter Politiker mehr finden ließ. Eine **besondere Verantwortung** am finanzpolitischen Bankrott der SPD trifft den heutigen finanzpolitischen Sprecher der SPD, **Apel**, der sich mit unhaltbaren Vorwürfen gegen die Bundesregierung und ihren Finanzminister Gerhard Stoltenberg geradezu überschlägt. Während seiner Amtszeit als Finanzminister wurde die sozialistische Programmatik umgesetzt,

- 105 Milliarden Mark neue Kredite wurden aufgenommen; 40 Prozent der Schuldenexplosion gehen allein auf sein Konto.
- Zehn der insgesamt 17 unwirksamen Nachfrageprogramme wurden durchgeführt, und
- die Mehrwertsteuer wurde um einen Prozentpunkt erhöht.

Erhöhung indirekter Steuern unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung (1970–1982)

	Steuermehreinnahmen (Milliarden Mark)
1. Umsatzsteuer	
1. Januar 1978:	
Anhebung der Steuersätze von 11/5,5 v. H. auf 12/6 v. H.	6,2
1. Juli 1979:	
Anhebung der Steuersätze von 12/6 v. H. auf 13/6,5 v. H.	6,5
22. Dezember 1981:	
Änderung im Umsatzsteuergesetz (Abschaffung ermäßigter Steuersätze für freie Berufe, Streichung Umsatzsteueroption für Bauherren u. a.)	0,9
Umsatzsteuer insgesamt	13,5
2. Mineralölsteuer und Heizölsteuer	
1. März 1972:	
Erhöhung der Mineralölsteuer um 4 Pf/Liter	1,5
1. Juli 1973:	
Erhöhung der Mineralölsteuer um 5 Pf/Liter	1,8
1. August 1978:	
Erhöhung der Heizölsteuer um 0,83 Pf/Liter	0,5
1. April 1981:	
Erhöhung der Mineralölsteuer um 7 Pf/Liter (Vergaserkraftstoffe) bzw. 3 Pf/Liter (Diesel) u. a.	2,7
Mineralölsteuer und Heizölsteuer insgesamt	6,5
3. Tabaksteuer	
1. September 1972:	
Erhöhung der Tabaksteuersätze um durchschnittlich 25 v. H.	1,4
1. Januar 1977:	
Erhöhung der Tabaksteuersätze um durchschnittlich 18 v. H.	0,7
1. Juni 1982:	
Erhöhung der Tabaksteuersätze für Zigaretten um rund 34 v. H., für Feinschnitt um rund 120 v. H.	1,5
Tabaksteuer insgesamt	3,6
4. Branntweinsteuern	
1. Januar 1972:	
Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 25 v. H. bzw. für medizinischen und pharmazeutischen Branntwein um 41 v. H.	0,8
2. Mai 1976:	
Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 10 v. H.	0,2

1. Januar 1977:		
Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 18 v. H.		0,6
1. April 1981:		
Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 15 v. H. (u. a.)		0,3
1. April 1982:		
Erhöhung des Steuersatzes für Trinkbranntwein um 13 v. H.		0,2
Branntweinsteuer insgesamt		1,7
5. Kraftfahrzeugsteuer		
28. Februar 1972:		
Verstärkung der Progression für Nutzfahrzeuge		0,2
6. Schaumweinsteuer		
1. April 1982:		
Erhöhung der Schaumweinsteuer um 33 1/3 v. H.		0,1
Erhöhung indirekter Steuern insgesamt		25,6

(Quelle: Finanznachrichten 36/87)

2. Unfähigkeit in der Gegenwart

Wer vielleicht geglaubt hatte, mit dem Sturz von Bundeskanzler Schmidt durch seine eigenen Genossen seien auch die Zeiten unsolider Finanzpolitik bei der SPD vorbei, sah sich getäuscht. In den SPD-regierten Bundesländern wurde nach 1982 und wird auch noch heute Finanzpolitik nach demselben Rezept betrieben: Schulden machen ohne Rücksicht auf die Folgen. Das Beispiel Nordrhein-Westfalens macht deutlich, wie sozialdemokratische Finanzminister entgegen ihren eigenen Ankündigungen ihre Länder immer tiefer in die Krise treiben:

Finanzminister Wertz 1974 zu den eigenen Genossen von der SPD-Fraktion: „Wir müssen konsolidieren; das kann ich nicht verantworten!“ **Schulden 1974: 11,2 Milliarden Mark.**

Finanzminister Halstenberg nach der Landtagswahl 1975: „Wir werden konsolidieren.“ **Schuldenstand Ende 1975: 16,9 Milliarden Mark.**

Finanzminister Posser nach seinem Amtsantritt 1979. „Wir werden konsolidieren.“ **Schuldenstand Ende 1979: 30,8 Milliarden Mark.**

Posser im Mai 1981 in der Vorlage für eine Kabinettsitzung: „So geht es nicht weiter; wir müssen konsolidieren. Die Schulden sind hausgemacht!“ 33 Maßnahmen wurden im einzelnen aufgezählt. Was ist geschehen? Nichts! **Schuldenstand Ende 1981: 50,3 Milliarden Mark.**

Posser-Brief im Herbst 1985: „Es liegt auf der Hand, daß eine solche spezielle Verschuldungspolitik sich nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch rasch steigenden Zinslasten den Haushalt in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und

das Saarland) zu studieren ist. Von Ende 1977 bis Ende 1984 hatten die übrigen Flächenländer der Bundesrepublik im Durchschnitt einen Verschuldungsanstieg von 188,9% zu verzeichnen, darunter Hessen mit 86,3% den geringsten und das Saarland mit 198,3% den stärksten. In demselben Zeitraum ist die Verschuldung von Nordrhein-Westfalen aber um nicht weniger als 408,9% angestiegen, nämlich von 13 auf 66,6 Mrd. DM.“

Schuldenstand Ende 1985: 82,4 Milliarden Mark.

Der Plan des Landeshaushalts 1988 sieht vor: **Schuldenstand Ende dieses Jahres: 100 Milliarden Mark**; das sind 6.000 Mark je Einwohner.

Während der Anteil der Staatsausgaben, der durch Kredite finanziert werden muß, heute bei allen CDU/CSU-regierten Ländern weit unter neun Prozent liegt (in Baden-Württemberg beispielsweise bei 2,7 Prozent), sind die SPD-Länder die Spitzenreiter mit Bremen (10,4 Prozent), Saarland (16,4 Prozent), Hamburg (9,9 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (9,2 Prozent). Die Zinsbelastungen in Höhe von 6,7 Milliarden Mark pro Jahr sind heute der zweitgrößte Posten im Haushalt des ehemaligen Kanzlerkandidaten Rau, nach den Ausgaben für Bildungspolitik. Die Zinslasten haben sich unter der SPD-Verantwortung vervierfacht.

Dieses vernichtende Beispiel sozialistischer Finanzpolitik versucht die SPD mit angeblichen Sonderlasten, die Nordrhein-Westfalen zu tragen habe, zu entschuldigen. Die Verantwortung für die eigene Politik soll auf andere abgewälzt werden. Diese Methode ist schon aus der Ära Schmidt bekannt:

Da ist zunächst die **angebliche Sonderlast Kohle und Stahl**. In Wahrheit hat die deutsche Volkswirtschaft 1987 etwa 10 Milliarden Mark an Hilfen für die Kohle aufgebracht. Der Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen ist daran mit gerade zwölf Prozent beteiligt.

Ein weiterer untauglicher Entschuldigungsversuch ist die **angebliche Benachteiligung beim Finanzausgleich**. Tatsache ist, daß Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren bis 1985 weder Mittel aus dem Finanzausgleich bekommen hat noch darin eingezahlt hat. Seit 1985 bekommt das Land Gelder aus dem Finanzausgleich, 1987 zwischen 400 und 500 Millionen Mark.

Auch der Hinweis, daß die **Steuerreform** die Gemeinden an den Rand des Ruins bringen würde, ist reine Propaganda. Seit 1982 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung die Finanzzuweisungen an die Gemeinden um insgesamt 15,5 Milliarden Mark gekürzt. In der gleichen Zeit hat aber die Bundesregierung den Anteil der Länder am Steueraufkommen dreimal erhöht. Die Bundesregierung hat darüber hinaus seit 1982 immer wieder in gezielter Weise Finanzmittel für kommunale Aufgaben bereitgestellt. Dies geschieht auch mit dem Etatentwurf 1988; drei Beispiele:

- Weitere 660 Millionen Mark Bundeszuschüsse für Stadt- und Dorferneuerung. Das ist dreimal mehr für diesen Zweck als 1982 im letzten Jahr der SPD-geführten Bundesregierung.

- 1,39 Milliarden Mark für den öffentlichen Personennahverkehr und
- 1,106 Milliarden Mark für den kommunalen Straßenbau.

Fest steht, daß nach den neuesten Schätzungen des Arbeitskreises Steuerschätzung, dem auch die unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute angehören, die Gemeinden auch nach 1990 mehr Finanzmittel zur Verfügung haben werden als heute und daß das Steueraufkommen der Gemeinden schneller wächst als das des Bundes.

Geradezu absurd ist schließlich die Behauptung der SPD in Nordrhein-Westfalen, nur die vielen Anträge der CDU-Opposition im Landtag hätten die NRW-Finanzen in Unordnung gebracht. An solchen Argumenten wird die ganze Hilflosigkeit sozialistischer Finanzpolitik deutlich.

So wie der gescheiterte Bundeskanzler Schmidt früher vom „Modell Deutschland“ gesprochen hat, propagierte die SPD auch das „Modell Nordrhein-Westfalen“. Tatsächlich zeigen die Zahlen, wie dieses Bundesland von Sozialisten systematisch heruntergewirtschaftet worden ist.

3. Konzeptionslos in die Zukunft

Die SPD hat die Zeit seit 1982 nicht genutzt, um ihre Finanzpolitik in den Jahren von 1969 bis 1982 kritisch aufzuarbeiten. Nur die wenigsten Genossen haben die Einsicht, daß es ihre Politik war, die die öffentlichen Finanzen in Unordnung gebracht hat. Scham und schlechtes Gewissen lassen sie jedoch schweigen. Daher ist die SPD bis heute nicht in der Lage, aus neuen Erkenntnissen zukunftsweisende Konzepte zu entwickeln. Die Befangenheit in den alten Vorstellungen macht es der SPD unmöglich, das einer funktionierenden Opposition angemessene Alternativkonzept zur Finanzpolitik der Bundesregierung zu entwickeln, die in den vergangenen Jahren zunächst die Staatsfinanzen sanierte und dann bis heute in mehreren Schritten **Steuererleichterungen zugunsten der Bürger und Unternehmen von netto 50 Milliarden Mark** durchsetzte.

Die SPD beschränkte sich statt dessen auf Propagandafeldzüge gegen die erfolgreiche Politik der Koalition. Zunächst startete sie eine **Neidkampagne**, der der DGB derzeit nur zu bereitwillig folgt; er ruft sogar zu einer „Mobilmachung“ gegen die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung auf. Wider besseres Wissen behaupten die SPD und der DGB, die bisher durchgeföhrte und für 1990 geplante Steuerreform sei nicht sozial ausgewogen und begünstige nur die „Reichen“. Die SPD verschweigt, daß Steuerpflichtige mit niedrigem Einkommen und Familien durch die Steuerreform deutlich stärker entlastet werden, als es ihrem Beitrag zum Steueraufkommen entspricht.

Warum sagt die SPD nicht, daß allein durch die Anhebung des Grundfreibetrages in drei Stufen von 1986 bis 1990 um 1.404 für Ledige und

2.808 Mark für Verheiratete über 500.000 Arbeitnehmer künftig völlig aus der Besteuerung herausfallen? Warum wird verschwiegen, daß die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 22 auf 19 Prozent eine zusätzliche Entlastung unterer Einkommen im Umfang von fast sieben Milliarden Mark bedeutet? Im Gegenzug bedeutet die Absenkung des Spitzesteuersatzes von 56 auf 53 Prozent nur eine Entlastung um eine Milliarde Mark. Richtig ist auch, daß bereits die ersten gesetzgeberischen Reformschritte zur Einkommen- und Lohnsteuer 1986/88 zu einer qualitativen Verbesserung der Steuerstruktur und einer spürbaren Entlastung führen. Was hat eigentlich die SPD dagegen einzuwenden?

Daß es der SPD allein um Appelle an primitive Neidgefühle geht, zeigt sich auch daran, daß von ihr allein die Verteilungswirkungen aus der Korrektur des Steuertarifs diskutiert, kritisiert und diffamiert werden. Alle anderen, für verantwortliche Politiker ebenso wichtigen Aspekte der Steuerreform werden bewußt verschwiegen. Würde nämlich die SPD die Argumentation aufnehmen, daß die Steuerreform die wirtschaftliche Leistungsbereitschaft der Unternehmen und Arbeitnehmer stärkt, die Steuerstruktur verbessert, die Investitionsfähigkeit der Unternehmen stärkt, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stabilisiert, die Schattenwirtschaft bekämpft und schließlich Wachstum und Arbeitsplätze schafft, so würde ihre fehlende Alternative zur Steuerpolitik der Koalition in der Öffentlichkeit unübersehbar. Bereits heute ist die SPD unglaublich, weil sie zu folgenden Positionen der Union die Antwort verweigert:

1. Eine Steuerreform — nicht nur eine Steuerentlastung — ist ordnungspolitisch geboten. Eine immer größere Anzahl von Steuerpflichtigen ist in den letzten Jahrzehnten in den Progressionsbereich des Einkommensteuertarifs hineingewachsen. Der scharfe Steuerzugriff auf den Mehrverdienst nach dem bis 1985 gültigen SPD-Steuertarif wurde von Bürgern und Betrieben zunehmend als eine unerträgliche Belastung empfunden. Vom Steuerverdrüß zum Staatsverdrüß ist aber nur ein kleiner Schritt. Ein gerechtes Steuersystem, das von den Bürgern auch als solches empfunden wird, muß niedrige und akzeptable Steuersätze haben mit wenigen Ausnahmen. Ein Steuersystem mit hohen Steuersätzen und vielen Ausnahmeregelungen — wie es unter SPD-Regierungsverantwortung entstanden ist — wird von der Bevölkerung als ungerecht empfunden. In diesem Sinne ist die Steuerreform Teil eines umfassenden und lang angelegten Konzepts zur Herstellung von Steuergerechtigkeit. Die Union weiß sich in diesem Punkt einig mit den Verbänden der Steuerberater, der Steuer-Gewerkschaft und dem Bund der Steuerzahler sowie dem überwiegenden Teil der Fachleute aus Wissenschaft und Wirtschaft. Der von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegte und von den Vorsitzenden der Koalitionsparteien gebilligte Plan zum Abbau von Steuervergünstigungen, Steuersubventionen und zur Verbreiterung der

steuerlichen Bemessungsgrundlage beweist die Ernsthaftigkeit unseres Ziels, mehr Steuergerechtigkeit herzustellen.

2. Die langfristig angelegte Steuerpolitik der Bundesregierung und der Koalition zielt auf die **Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** ab. Eine aus sich heraus dynamische, anpassungs- und innovationsfähige Wirtschaft zu schaffen, ist Ziel dieser Politik. Damit sollen die privatwirtschaftlichen Voraussetzungen für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum in der Zukunft geschaffen werden.

3. Die Bundesrepublik Deutschland kann sich dem **internationalen Wettbewerb der Steuersysteme** nicht entziehen. Die Existenz des Unternehmensstandortes Bundesrepublik Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte hängen unter anderem entscheidend davon ab, wie hoch die Steuerbelastung bei uns im Vergleich zu anderen Staaten ist. Die Diskussion in zahlreichen Industrieländern für eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer hat sich verstärkt. Vor allem die Verabschiedung der Steuerreform im amerikanischen Kongreß gibt dieser Debatte nachhaltige Impulse (Körperschaftsteuer 34 v. H., Einkommensteuerspitzenatz 28 v. H.). So hat die japanische Regierung jetzt Vorschläge für eine deutliche Tarifsenkung eingebracht. In Österreich einigten sich die Koalitionsparteien — unter ihnen die Sozialistische Partei Österreichs — auf ein Konzept, das einen niedrigeren Tarifverlauf und als Ausgleich den Abbau von Steuersubventionen vorsieht. In Schweden hat der Finanzminister vorgeschlagen, die Steuersätze zu senken und den Anteil der Einkommen- und Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen durch kompensierende Maßnahmen zu verringern. Die britische Regierung macht die Tarifsenkung bei der Einkommensteuer zu einer Hauptaufgabe der neuen Wahlperiode.

4. Die Steuerreform ist als Beitrag der Bundesrepublik Deutschland in die internationale Wirtschaftspolitik eingebracht worden. Sowohl gegenüber der OECD (Louvre-Abkommen) als auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig ist die Steuerreform von der Bundesregierung als ein adäquates Mittel zur **Stützung der Weltkonjunktur** angeboten und von unseren internationalen Partnern akzeptiert worden. Es würde uns international schaden, von diesen Zusagen abzurücken.

Darüber hinaus konnte auf dem Weltwirtschaftsgipfel durch die Zusage von Steuersenkungen in der Bundesrepublik Deutschland ein weiteres Vordringen des internationalen Protektionismus mit all seinen Gefahren für deutsche Arbeitsplätze gestoppt werden.

5. Die Steuerreform ist **konjunkturpolitisch erwünscht**. Konjunkturpolitik ist auch und in großem Maße politische Psychologie. Unser Ziel ist es, durch Steuerentlastungen in der Bevölkerung und bei den Unternehmen Vertrauen zu bilden.

Darüber hinaus ist aber auch zu beachten, daß die Steuerreform zur Stärkung der Inlandsnachfrage beiträgt. Der private Verbrauch ist heute der entscheidende Konjunkturstabilisator. Höhere Inflationsraten im Ausland und der schwache Dollarkurs haben die Auslandsnachfrage an die zweite Stelle rücken lassen. Wer also den Arbeitsmarkt stabilisieren will, muß auch die Inlandsnachfrage stabilisieren.

6. Wie CDU und CSU in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl angekündigt haben und wie der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung bekräftigt hat, werden wir auch in Zukunft die Partei der **Steuersenkung und der Konsolidierung der Staatsfinanzen** bleiben. Das haben wir in der Vergangenheit durch Steuerentlastungen gezeigt und das wird auch in Zukunft so bleiben. Es bleibt dabei: die dreistufige Steuersenkung 1986/88/90 bewirkt, daß Arbeitnehmer und Selbständige netto insgesamt 50 Milliarden Mark mehr zur Verfügung haben.

Statt sich mit diesen Punkten auseinanderzusetzen, verlegt sich die SPD neuerdings auf eine **Angstkampagne**, in dem sie das Gespenst einer drohenden Haushaltsskrie an die Wand malt, bewußt Unwahrheiten über die Einschränkungen von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer verbreitet und schließlich versucht, eine Erhöhung der Mehrwertsteuersätze herbeizureden. Eine Mehrwertsteuererhöhung wird es nicht geben. Beim Abbau von Steuervergünstigungen und Steuersubventionen bei der dritten Stufe der Steuerreform 1990 in Höhe von insgesamt etwa 19 Milliarden Mark, der der Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit und der teilweisen Gegenfinanzierung der Steuerentlastung der Bürger von brutto 39 Milliarden Mark dient, ist der Arbeitnehmerbereich 1990 nur mit rund vier Milliarden Mark beteiligt.

Die Panikmache der SPD dient vor allem der Verunsicherung der Bürger und der Stimmungsmache gegen die Bundesregierung, sie soll auch von der völligen Alternativlosigkeit der SPD in Finanz-, Haushalts- und Steuerfragen ablenken. Was die SPD heute als **Programm** vorlegt, ist ohne jede Korrektur die **Fortsetzung ihrer gescheiterten Politik der siebziger Jahre**: Staatliche Ausgabenprogramme, Kreditausweitung und Steuererhöhungen.

Das Programm „**Sondervermögen — Arbeit und Umwelt**“, der Entwurf eines Wirtschaftsprogramms mit dem Titel „**Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern**“, Farthmanns „**Thesen zur Wirtschaftspolitik**“ sowie der „**Irseer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD**“ enthalten **Beschäftigungsprogramme alter Prägung** — diesmal nur grün verpackt.

Die **Staatsverschuldung** möchte die SPD gegen die Vorschriften des Grundgesetzes und gegen alle ökonomische Vernunft und Inkaufnahme von Inflation, Arbeitslosigkeit **über alle Grenzen** ausweiten. Der „**Irseer Entwurf eines Grundsatzprogramms**“ sieht vor, daß Kredite so lange aufgenommen werden können, solange sie „aus den laufenden Einnahmen bedient und getilgt werden können“.

Steuererleichterungen, wie sie die Koalition bis 1990 mit insgesamt etwa 50 Milliarden Mark an die Bürger und Unternehmen gibt, werden von der SPD strikt ausgeschlossen, zum Beispiel in dem SPD-Antrag „Für eine gerechte und beschäftigungswirksame Steuerpolitik“ vom Frühjahr 1987; dort heißt es: „Angesichts der Vielzahl und Bedeutung der öffentlichen Aufgaben kann eine Senkung der Gesamtsteuerbelastung nicht versprochen werden.“

In Wirklichkeit setzt die SPD auf massive Steuererhöhungen. Daß diese Partei ihren Ruf als Steuererhöhungspartei zu Recht hat, beweisen die vielfältigen Forderungen nach Steuererhöhungen, die in den letzten Jahren aus den Reihen der SPD erhoben worden sind. In Programmentwürfen, Parlamentsanträgen, Gesetzentwürfen sowie Parteitagsanträgen und -beschlüssen sind unter anderem folgende Erhöhungen der Steuerlast diskutiert und beantragt worden:

- Rücknahme aller seit 1983 erfolgten Steuersenkungsmaßnahmen;
- Einführung von zahlreichen neuen Steuern: Arbeitsmarktabgabe, Ausbildungsplatzabgabe, Sonderabgabe Arbeit und Umwelt, Altlastenfonds, Entgiftungssteuer (Grundstoffeinsatzsteuer), Grundwasserabgabe, Schwefelabgabe, Pestizidsteuer, Stickstoffabgabe, Lärmabgabe, Abfallabgabe, Abgabe auf den Energieverbrauch, Maschinensteuer;
- Verschärfung der Steuerprogression schon im Bereich von Facharbeitereinkommen;
- Einführung einer „befristeten“ Ergänzungsabgabe in Höhe von fünf Prozent bei einem Jahreseinkommen von 60.000/120.000 Mark an;
- Streichung, zumindest Teilstreichung des Ehegattensplittings;
- Anhebung des Spitzensatzes bei der Einkommensteuer/Lohnsteuer von 56 auf 65 Prozent;
- Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer ohne Veräußerungsfrist;
- Streichung der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums bei „oberen Einkommensbeziehern“;
- Erhöhung der Einheitswerte für das Grundvermögen, dadurch mehr Grundsteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer;
- Erhöhung der Vermögensteuersätze;
- Rückgängigmachung der „ökonomisch unsinnigen“ Verkürzung der Abschreibungsfristen bei Betriebsgebäuden;
- Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler, „Revitalisierung der Gewerbesteuer“ durch volle Erfassung von Dauerschulden und Dauerschuldzinsen sowie Verbreiterung der Basis durch Wiedereinbeziehung kleinerer Betriebe;
- Einschränkung der Freibetragsregelungen bei Veräußerungsgewinnen;
- Streichung des Abzugs von Bewirtungskosten und Geschenken;

- Volle Abschaffung der Übertragungsmöglichkeit von stillen Reserven auf Ersatzwirtschaftsgüter;
- Erhöhung der Mehrwertsteuer für „Luxusgüter“ bis zum Strom;
- Solidaropfer Öffentlicher Dienst;
- Einführung eines „Waldpfennigs“ in Nordrhein-Westfalen.

4. Propaganda löst keine Probleme

Dies alles zeigt, daß die SPD in der Vergangenheit unfähig war, die Finanz- und Steuerpolitik zum Wohle der Bürger und der Volkswirtschaft zu gestalten. Sie lernt weder aus den Fehlern der Vergangenheit noch aus denen, die sie derzeit in den Bundesländern begeht. Daher kann sie keine brauchbaren Oppositionskonzepte entwickeln. Unrichtige Behauptungen über die Verteilungswirkungen der Steuerreform sollen statt dessen Neidkomplexe schüren und ablenken von deren volkswirtschaftlicher Notwendigkeit.

Die Steuerreform schafft Arbeitsplätze, bringt Wachstum, stärkt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, fördert die Steuergerechtigkeit, bekämpft die Schattenwirtschaft.

Die SPD-Opposition sollte erkennen, daß Propaganda und Stimmungsmache kein Ersatz für Politik sind und keine Probleme der Bürger lösen. Die Bürger haben ein Recht auf eine Regierung, die sich ihrer Anliegen annimmt und Lösungsvorschläge unterbreitet. Dies tut die Bundesregierung mit der Steuerreform in einem zentralen Bereich deutscher Politik. Die Bürger haben aber auch ein Recht darauf, daß die Opposition die Tätigkeit der Regierung einer seriösen Kritik unterzieht und ihre brauchbaren Alternativen vorstellt. An beidem fehlt es bei der SPD.